



Bezirksverband Nordbaden

## **Gleichheit der Rechte**

# **Anerkennung der Verschiedenheit**

### **Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Integration (lat. Wiederherstellung eines Ganzen)

(Brockhaus)

**Positionspapier der Frauen Union Nordbaden  
verabschiedet beim Bezirksdelegiertentag am 7. Oktober 2006**

## 1 In Deutschland miteinander leben

2

3 Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland nimmt von Jahr zu Jahr zu. Das  
4 bisherige zögerliche Reagieren auf diese Entwicklung hat in manchen Orten bereits zu erheblichen  
5 Problemen geführt. Es ist höchste Zeit, sich dieser Entwicklung zu stellen. Um auf Dauer ein  
6 friedliches Miteinander zu gewährleisten, ist die Integration der Menschen mit Migra-tionshintergrund  
7 in unseren freiheitlich-demokratischen und christlich geprägten Staat eine der großen  
8 Herausforderungen unserer Zeit. Dies erfordert – mit allem Respekt vor der Andersartigkeit der  
9 kulturellen Wurzeln dieser Menschen – die Vermittlung und Anerkennung der aus unserer  
10 abendländisch-christlichen Tradition gewachsenen Werte, wie Respekt vor der Würde des Menschen,  
11 Toleranz, Gerechtigkeit und Freiheit sowie Anerkennung der Gleichberechtigung von Männern und  
12 Frauen.

13

14 Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die frühzeitige Integration von Kindern und Jugendlichen  
15 mit Migrationshintergrund gelegt werden. Eine besondere Herausforderung bei der Integration der  
16 jungen Menschen ist die Tatsache, dass ein großer Teil der Kinder mit Migrationshintergrund Eltern  
17 moslemischen Glaubens hat und damit von anderen Wertvorstellungen geprägt ist. Diese Kinder  
18 müssen behutsam an unsere Wertvorstellungen herangeführt werden. Nur eine erfolgreiche  
19 Integration kann schließlich die Gewähr dafür bieten, dass sich die jungen Menschen bei uns und in  
20 unserer Gesellschaft angenommen und beheimatet fühlen, dass sie ihre Chancen in Bildung und  
21 Beruf wahrnehmen und im Wettbewerb bestehen können, ohne dabei ihre kulturellen Wurzeln zu  
22 verlieren.

23

24 Für die verschiedenen Altersgruppen ergeben sich dazu aus der Sicht der Frauen Union der CDU  
25 Nordbaden ganz unterschiedliche Maßnahmen, die der Integration dienen. Die folgenden  
26 Forderungen gliedern sich in Forderungen für Kinder im Vorschulbereich, für Kinder in der Schule und  
27 für Jugendliche in der Berufsausbildung. Sie richten sich an die Eltern, an die Erzieher, an die  
28 Schulen, an die Jugendlichen selbst und an den Gesetzgeber.

29

30

### 31 1. Bildungssituation von Kleinkindern

32 Mehr als jedes zehnte Kind in unserem Land hat muslimische Eltern, und aus demographischen  
33 Gründen ist eine weitere Zunahme zu erwarten. In unserer Gesellschaft leben immer mehr Kinder,  
34 deren Hauptbezugspersonen der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Dadurch sind  
35 Kommunikationsprobleme im Kindergarten vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass oft wenig Interesse  
36 der Eltern an der Integration ihrer Kinder in die deutsche Gesellschaft besteht.

37

38 Wir fordern

#### 39 für Kinder von 0-3:

40 - dass verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen eingeführt werden;

- 41 - dass den Kindern bereits während der Zeit des Spracherwerbs die deutsche Sprache  
42 vermittelt wird;
- 43 - dass bei Verständigungsproblemen mit den Eltern diese einen verpflichtenden und  
44 kontrollierten Deutschkurs besuchen müssen;
- 45 - dass die bei den Vorsorgeuntersuchungen festgestellten Defizite durch gezielt einzusetzende  
46 Maßnahmen noch vor Kindergartenbeginn verbessert werden und eine konsequente  
47 Anwendung von Diagnose-Instrumenten umgesetzt wird, wie Gesundheits- und Sprachtests,  
48 auf deren Grundlage individuelle Förderpläne erstellt und im Kindergarten umgesetzt werden  
49 können;
- 50 - dass auch Väter mindestens vierteljährlich bei Familiengesprächen anwesend sind;

51

## 52 für Kinder von 3-6:

- 53 - dass zu diesem Zeitpunkt das Kind die deutsche Sprache schon beherrscht, es ansonsten  
54 eine gezielte und verpflichtende Sprachförderung durchläuft;
- 55 - dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend wird, mit dem im Orientierungsplan  
56 festgelegten Lern- und Bildungskonzept sowie entsprechenden und verpflichtenden  
57 Fördermaßnahmen, wenn sich Defizite zeigen;
- 58 - dass 2 Mal pro Jahr ein verpflichtender Elternabend stattfindet;
- 59 - dass bei besonderen Auffälligkeiten vom Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen wird, sofort  
60 Kontakt mit den Eltern aufzunehmen und gegebenenfalls gezielte Maßnahmen zu ergreifen,  
61 wenn es zu keiner Kooperationsbereitschaft von Seiten der Eltern kommt;
- 62 - dass eine zunehmende Einbindung der Mütter und Väter erfolgt, z.B. durch spezielle  
63 Angebote, die nachmittags in den Räumen der Kindergärten stattfinden können;
- 64 - dass eine konsequente Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser stattfindet;
- 65 - dass "Kinderbegleiter" ähnlich den Jugendbegleitern in den Kindergärten eingesetzt werden;
- 66 - dass erweiterte und kontinuierliche Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher in Bezug auf  
67 die Integrationsproblematik entwickelt werden.

68

## 69 2. Bildungssituation Schule

70 Die neuesten Studien belegen, dass hierzulande Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund  
71 signifikant deutlicher benachteiligt sind als in anderen Ländern.

72

73 Wir fordern,

- 74 - dass individuelle Förder- und Lernpläne für jedes Kind in der Phase des 3. bis 10.  
75 Lebensjahres erstellt werden;
- 76 - dass interkulturelle Aktivitäten (die eigene deutsche und europäische Kultur vermitteln und  
77 festigen, die andere Kultur wertschätzen) Eingang in die Schulen finden;
- 78 - dass Religionsunterricht für Muslime in deutscher Sprache stattfindet, unter Einbindung der  
79 Wertvorstellungen und Gemeinsamkeiten der großen Weltreligionen;
- 80 - dass die Vermittlung von freiheitlich-demokratischen und christlichen Wertvorstellungen in der

81 Schule erfolgt und bei Schulveranstaltung die Nationalhymne häufiger gesungen werden  
82 sollte;

83 - dass sich eine einheitliche Schulkleidung durchsetzt, die soziale Nachteile ausgleicht, und  
84 außerdem das Kopftuch als Zeichen eines religiösen Fundamentalismus aus der Schule zu  
85 verbannen ist;

86 - dass bei zunehmendem Schülerrückgang die Lehrerstellen nicht in gleichem Maße abgebaut  
87 werden, sondern eine Umschichtung in verschiedene soziale Dienste erfolgt;

88 - dass Erkenntnisse der interkulturellen Erziehung, inhaltlich wie methodisch, in Lern- und  
89 Lehrmaterialien, Curricula, Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung so wie im Rahmen der  
90 Weiterbildung Eingang finden.

91  
92

### 93 **3. Berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

94 Die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das soziale und gesellschaftliche  
95 System der Bundesrepublik Deutschland steht und fällt mit den Bildungs- und Berufschancen.

96 Da diese jungen Menschen mehrheitlich in Deutschland geboren und zweisprachig aufgewachsen  
97 sind, sollte ihre interkulturelle Kompetenz als ein Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt angesehen  
98 werden.

99  
100 Wir fordern,

101 - dass die Zweisprachigkeit der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Bikulturalität als  
102 besondere Qualifikation herausgestellt wird;

103 - dass berufliche Informationen (Berufsberatung) in verstärktem Maße in Kooperation zwischen  
104 Elternhaus, Schule und Ausbildungsbetrieb durchgeführt werden;

105 - dass in Öffentlichem Dienst und Institutionen mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund  
106 eingestellt werden;

107 - dass eine umgehende Reduzierung von so genannten Fortbildungsmaßnahmen eingeleitet wird,  
108 welche die Jugendlichen in einem „circulus vitiosus“ in immer neuen Warteschleifen ohne  
109 absehbare Erfolge kreisen lässt.

110  
111

### 112 **4. Muslime in Baden Württemberg**

113 Inzwischen leben rund 600.000 Menschen islamischen Glaubens bei uns. Generell und zum Schutz  
114 der Kinder und Jugendlichen dürfen weder undemokratische noch antisemitische Gesinnungen  
115 gefördert werden.

116  
117 Wir fordern,

118 - dass die islamischen Verbände für den Staat transparent sind und in verlässlicher Kooperation  
119 mit den deutschen Behörden stehen; dass sie sich ferner in eindeutiger Haltung vom Islamismus  
120 abgrenzen und uneingeschränkt zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bekennen müssen;

- 121 - dass die muslimische Bevölkerung sich verpflichtet, die Universalität der Menschenrechte  
122 anzuerkennen und Frauen und Mädchen gleichberechtigt zu behandeln; dass Missachtung der  
123 Frauenrechte und Verletzung der Würde der Frauen als Straftatbestände erachtet werden sollen;  
124 - dass Migrantinnen Bildungschancen nicht verwehrt werden. Sollten Mädchen daran gehindert  
125 werden, der schulischen Karriere nachzugehen, muss der Lehrer bzw. die Lehrerin unverzüglich  
126 Kontakt zur Behörde (Jugendarbeiter/Gleichstellungsbeauftragte) aufnehmen, damit  
127 entsprechend und zeitnah interveniert werden kann. Migrantinnen haben an allen schulischen  
128 Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Haltung muss bereits im Kindergarten den Eltern vermittelt  
129 werden, um einer eventuellen psychischen Hemmschwelle seitens des Mädchens im Sport- oder  
130 Schwimmunterricht vorzubeugen. Eine Weigerung der Eltern, die Schulpflicht in vollem Umfang  
131 zu akzeptieren, muss ebenfalls durch Sanktionen, z.B. durch Kürzung des Kindergeldes,  
132 verhindert werden.